

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode Oktober 2012

**Abgeordneten-Büro Berlin:**  
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132  
E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)  
Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**  
Badstraße 14 • 74072 Heilbronn  
Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216  
E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)  
Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

## Contergan-Opfer werden besser gestellt Thomas Strobl setzt alle Hebel in Bewegung

Ein düsteres Kapitel der Deutschen Geschichte wurde diese Woche wieder geöffnet, als der Gründer und Vorsitzende des Contergannetzwerkes e.V. Christian Stürmer, in Begleitung von vier Geschädigten, den Abgeordneten Thomas Strobl besuchte. Beim „Contergan-Skandal“, der sich in den 60er-Jahren abspielte, handelt es sich um den größten und weitreichendsten Pharmazieskandal der Deutschen Geschichte. Von den damals 5.000 betroffenen Neugeborenen (allein in Deutschland!), die mit zum Teil schwerwiegenden Verkrüppelungen und Fehlbildungen an Körper und Gliedmaßen zur Welt kamen, leben heute noch 2.700. Die finanzielle Versorgung der Contergan-Opfer, die in Deutschland vom Staat und nicht der Schädiger-Firma übernommen wird, deckt ihre Bedarfe bei weitem nicht. Aus diesem Grund kämpft der Verein „Contergannetzwerk e.V.“ seit langem für höhere Renten.



*Die Freude über den Austausch war auf beiden Seiten groß. Dass sie mit diesem Gespräch den größten Schritt seit Jahrzehnten machen, hätten Christian Stürmer und seine Mitstreiter bestimmt nicht gedacht.*

Im Gespräch mit Thomas Strobl erzählten die Vertreter von ihren Anliegen und welche Änderungen und Verbesserungen sie sich erhoffen. Thomas Strobl sagte zu, sich mit aller Hartnäckigkeit für eine finanzielle Besserstellung einzusetzen und machte sich sogleich daran, dieses Versprechen einzulösen. Bei Gesprächen mit seinen Kollegen aus der Bundestagsfraktion traf er mit seinem Einsatz auf offene Ohren. Besonders bedeutsam ist, dass auch gleich der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, die zuständige Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ingrid Fischbach und FDP-Fraktionschef Brüderle ihre Unterstützung zugesichert haben und sie sich nun gemeinsam für eine rasche Besserstellung der Opfer einsetzen werden.

„Die Contergan-Geschädigten sind in Deutschland, wo der Skandal seinen Ursprung hatte und wo die Erzeuger-Firma von ihren Entschädigungsverpflichtungen früh befreit worden ist, deutlich schlechter versorgt als in anderen Ländern. Das ist nicht in Ordnung! Außerdem – und das ist noch viel wichtiger – müssen wir den Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde gewährleisten. Das ist der Staat ihnen schuldig“, so Thomas Strobl nach der Begegnung. „Ich bin nun aber außerordentlich zuversichtlich, dass wir noch in dieser Legislaturperiode eine Lösung finden werden, die die Lage der Contergan-Opfer beträchtlich und dauerhaft verbessern wird.“

## AUS DEM PLENUM

### Jahressteuergesetz 2013

Das in dieser Woche verabschiedete Jahressteuergesetz bündelt einige steuerrechtliche Maßnahmen: Mit dem Ziel, Bürokratie weiter abzubauen, werden Aufbewahrungsfristen für Unternehmen und Betriebe von bisher zehn auf nunmehr sieben Jahre verkürzt. Eine andere Regelung sieht vor, dass der Antrag auf Lohnsteuerermäßigung beim Finanzamt nur noch alle zwei Jahre und nicht mehr jährlich gestellt werden muss.



Quelle: Deutscher Bundestag

Zur Förderung der elektronischen Antriebstechnik bei Kraftfahrzeugen (sog. E-Mobilität) wird der bisher noch bestehende Nachteil bei der privaten Nutzung von elektronischen Dienstfahrzeugen ausgeräumt. So wird die neue Technik behutsam unterstützt, damit Deutschlands Automobil-Unternehmen auch bei den Antrieben der Zukunft Weltmarktführer bleiben. Dafür hatte sich insbesondere auch die Landesgruppe Baden-Württemberg eingesetzt.

### Kinder haben ein Recht auf Mutter und Vater

Viele nichteheliche Väter wollen frühzeitig und gleichberechtigt an der Sorge ihres Kindes teilhaben. Bisher hat der Vater eines nichtehelichen Kindes aber keine Möglichkeit, die elterliche Sorge zu erlangen, wenn die Mutter ihre

Zustimmung hierzu verweigert. Diese Regelung ist nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts unvereinbar mit der Elternverantwortung des Vaters.



*Jedes dritte Erstgeborene bundesweit hat nicht miteinander verheiratete Eltern. Quelle: dpa*

Die Sorge für das Kind der nicht miteinander verheirateten Eltern liegt weiterhin zunächst bei der Mutter, soll jedoch vom Familiengericht im Regelfall auch auf den Vater übertragen werden, wenn dies dem Kindeswohl nicht widerspricht. Der Vater kann damit die gemeinsame Sorge auch gegen den Willen der Mutter erhalten.

Mit der Neuregelung ist eine Lösung gefunden worden, die vor allem die Kinder zu Gewinnern macht: Es wird gewährleistet, dass die Auseinandersetzung zwischen den Eltern um das Sorgerecht nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen wird.

Die Kinder unverheirateter Eltern in Baden-Württemberg sind von einem solchen Sorgerechtsstreit im Übrigen selten betroffen. Zwar kommen immer mehr Erstgeborene unehelich zur Welt, doch entscheiden sich die allermeisten Eltern im Nachhinein zur Heirat und damit zur lebenslangen gemeinsamen Verantwortung für ihr Kind.

## **Verträge mit der Schweiz: Steuerabkommen auf den Weg gebracht und Fluglärm-Staatsvertrag gestoppt**

Der Bundestag hat diese Woche das Umsetzungsgesetz zum deutsch-schweizerischen Steuerabkommen auf den Weg gebracht. Damit wird ein jahrzehntelanges Ärgernis und eine grobe Ungerechtigkeit beseitigt: Der Umstand nämlich, dass deutsche Steuersünder ihr Vermögen in die Schweiz verbringen und es hierdurch dem Zugriff des deutschen Fiskus entziehen. Dies ist künftig nicht mehr möglich. Nach Einschätzung des Bundesministeriums der Finanzen nehmen Bund und Länder nun rund 10 Mrd. Euro alleine aus der Nachversteuerung der Altgelder ein. Hinzu kommt eine Abgeltungsbesteuerung nach deutschem Vorbild für künftige Erträge. Die Koalition geht den eingeschlagenen Weg, Steueroasen zu schließen, konsequent weiter. Auch mit Liechtenstein ist diese Woche ein weiteres Steuerabkommen geschlossen worden.



*Die Schweizerische Botschaft ist die einzige Botschaft, die mitten im Regierungsviertel liegt. Quelle: dpa*

Eigentlich hätte der Bundestag diese Woche den Fluglärm-Staatsvertrag über den Flughafen Zürich ratifizieren, d.h. bestätigen sollen. Hier kam es jedoch zum Schwabenstreich, der eigentlich von den betroffenen Südbadenern ausging: Die CDU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg verweigerten sich geschlossen einem „Abnicken“ des Kompromisses zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung, weil sie die Vertragsbedingungen

noch nicht ausreichend spezifiziert fanden. Die Menschen in den Landkreisen Konstanz, Schwarzwald-Baar und Waldshut fürchten zunehmende Landeanflüge über ihre touristisch besonders bedeutsame Region.

#### **WEITERE THEMEN IM PLENUM:**

- Erhöhung der Verdienstgrenzen und Einführung der Rentenversicherungspflicht für Minijobber
- Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge von 19,6 auf 18,9 Prozent

#### **KURZNACHRICHTEN**

##### **Zwei mal 60 Abschlussklässler in der Hauptstadt: Realschule Möckmühl und Otto-Klenert Realschule Bad Friedrichshall zu Besuch bei Thomas Strobl**

Am 22. Oktober besuchte uns eine große Gruppe SchülerInnen von der Realschule in Möckmühl. Da Herr Strobl terminlich leider verhindert war, wurden sie von seiner wissenschaftlichen Mitarbeiterin Antonia Ritter in Empfang genommen. Frau Ritter informierte ausführlich über ihre Arbeit im Bundestag und den Alltag eines Abgeordneten. Um den SchülerInnen noch mehr Einblicke zu gewähren, berichteten die derzeit im Büro hospitiierenden Praktikantinnen, Maren Aurich und Tamara Schweizer, über ihre Erfahrungen im Bundestag und die zahlreichen Eindrücke vom Parlamentsbetrieb, die sie schon gewinnen konnten. Anschließend gab es eine Fragerunde, in der auch Frau Ritter eine Frage an die

jugen SchülerInnen stellte. Die Klassen wurden gefragt, ob Jugendliche es gut fänden, wenn Politiker in Sozialen Netzwerken wie etwa Facebook vertreten seien. Schlussendlich zeigte sich, dass die Abgeordneten ihre Ziele besser bekannt machen können und sich dadurch auch junge Menschen, die mehr und mehr Informationen aus dem Internet beziehen, über die Landes- und Bundespolitik informieren. Am Ende des Gespräches kam es doch noch zu der versprochenen Begegnung mit dem Abgeordneten Thomas Strobl, bei der auch die Erinnerungsfotos entstanden.

Die zweite Schülergruppe in dieser letzten Sitzungswoche im Oktober kam aus Bad-Friedrichshall und konnte von Thomas Strobl persönlich empfangen werden. Die interessierten SchülerInnen wollten etwas über die Bundespolitik, aber auch über die Außenpolitik Deutschlands erfahren. Thomas Strobl erläuterte zu Beginn, wie der Alltag eines Abgeordneten in einer Sitzungswoche aussieht. Darauf folgend stellten die SchülerInnen viele Fragen, etwa wie denn Herr Strobl die Situation mit Griechenland sehe und wie er zu dem Bahnprojekt Stuttgart 21 stehe. Es erfolgte eine Diskussion, an der die Schüler aufmerksam teilnahmen und gar nicht mehr aufhören wollten, Fragen zu stellen. Herr Strobl erklärte ihnen beispielsweise wie er zu der Aussage steht, dass manche Politiker sich von Lobbyisten beeinflussen lassen. Nachdem ihre Zeit dann aber zu knapp wurde, machten einige der SchülerInnen noch ein Foto mit Herrn Strobl und bedankten sich, dass er Zeit für sie gefunden hatte.



Vor dem Plenarsaal trafen die Klasse 10a...



...und die Klasse 10d der Realschule Möckmühl Thomas Strobl MdB.



Die Abschlussklassler der Otto-Klenert-Realschule hatten am nächsten Tag mehr Glück: Thomas Strobl diskutierte eine Stunde lang mit Ihnen. Quellen: Büro Strobl MdB

v.i.S.d.P.: **Antonia Ritter, Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB**, Abbestellung per E-Mail an [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)